Vor der Krise ist nach der Krise

Autor(en): **Schedler, Ernst**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO**

Band (Jahr): **106 (2009)**

Heft 2

PDF erstellt am: **17.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-839912

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Vor der Krise ist nach der Krise

... oder wie sich die Sozialen Dienste der Stadt Winterthur auf den erwarteten Fallanstieg vorbereiten.

Neue Hiobsbotschaften zur globalen und lokalen wirtschaftlichen Entwicklung sind inzwischen an der Tagesordnung, und es scheint klar: Der Abschwung findet offensichtlich nicht nur in den Köpfen statt. Unvorstellbare Beträge werden vom Staat fast diskussionslos in Wertpapiere ohne Wert gesteckt. Der Laie staunt, und der Fachmann wundert sich, denn bewährte Instrumente der sozialen Sicherheit warten seit Jahren auf ihre finanzielle Sanierung, und die Zukunft verheisst nichts Gutes.

ENTWICKLUNG IN WINTERTHUR

Auch in Winterthur hat sich die Beschäftigungslage in den letzten Monaten verschlechtert. Die Arbeitslosenquote war im Februar 2009 mit 4 Prozent so hoch wie seit April 2006 nicht mehr. Nebst den erfassten Arbeitslosen gibt es eine Zahl von meist jüngeren Personen, die keine Leistungen der Arbeitslosenversicherung (ALV) geltend machen können, da keine Rahmenfrist erwirkt wurde. Wie gross diese Gruppe ist, die ebenfalls ohne Job da steht, wird nicht erfasst.

Diese Entwicklung trifft die Sozialhilfe. Die Anmeldungen bei der Zentralen Anlaufstelle (ZAS) sind von Januar bis März 2009 gegenüber dem Vorjahr um 30 Prozent angestiegen. Stark zugenommen haben vor allem Fälle von Personen, die arbeitslos oder arbeitsunfähig sind, sowie von Alleinerziehenden und jungen Erwachsenen. Die Entwicklung zeigt bisher kein eindeutiges Bild und lässt sich deshalb nur schwer einschätzen.

Die Sozialen Dienste der Stadt Winterthur sind immer noch damit beschäftigt, das Fallwachstum der letzten zehn Jahre zu verdauen und die Organisation an die neuen Gegebenheiten anzupassen. Der Rückgang der Fallzahlen in den letzten zwei Jahren sowie die zusätzlich bewilligten Stellen haben dafür gesorgt, dass die Mitarbeitenden weniger stark belastet sind. Dadurch war es möglich, die nötigen inhaltlichen und organisatorischen Projekte in Angriff zu nehmen. Nun steht eine neue Herausforderung an. Die aktuelle Entwicklung wird in einer Intensität angekündigt, wie sie bei der letzten Rezession wohl nicht erlebt wurde. Nun wird sich zeigen, ob die bestehenden Strukturen geeignet sind, auf Veränderungen schnell und flexibel zu reagieren.

«Es melden sich auffallend viele junge Erwachsene, was für die Jahreszeit untypisch ist.»

AKTUELLE SITUATION

Im Gegensatz zum letzten Fallwachstum, das die Sozialhilfe relativ unvorbereitet getroffen hat, wird die aktuelle Krise seit Monaten lautstark angekündigt. Auch unter den Mitarbeitenden der Sozialen Dienste sind bereits Beunruhigung und Ängste spürbar. Keine idealen Voraussetzungen, um die erwähnten Projekte umzusetzen. Für die Verantwortlichen der Sozialhilfe ein erstes Alarmzeichen – und somit Zeit, eine Risikoanalyse in Angriff zu nehmen und einen Massnahmenplan zu entwerfen.

Mit dem Kader der Sozialhilfe wurde in einem Workshop die aktuelle Situation beurteilt. Dabei ging es auch um die Frage, ob die Mitarbeitenden bereits erste Folgen der Krise spüren. Es zeigte sich, dass sich der wirtschaftliche Abschwung zuerst in der ZAS bemerkbar macht. Dort sind die Neuanmeldungen sprunghaft angestiegen, und es melden sich auffallend viele junge Erwachsene, was für die Jahreszeit untypisch ist. In der Langzeitberatung hingegen sind noch kaum Auswirkungen spürbar, und es gibt nach wie vor Sozialhilfebeziehende, die eine neue Stelle finden und abgelöst werden können. Beunruhigt sind die Mitarbeitenden, weil sie befürchten, dass die Errungenschaften der letzten zwei Jahre – nämlich die spürbare Fallentlastung und damit die Verbesserung der Qualität – durch eine Fallsteigerung zunichte gemacht werden.

ANALYSE DER RISIKEN

Nach der Situationsanalyse wurden die verschiedenen Risiken aufgelistet und bewertet. Die kurzfristig grössten Risiken liegen bei der Zentralen Anlaufstelle. Es besteht die Gefahr, dass die Fallzahlen in einem so hohen Masse steigen, dass die Mitarbeitenden die Arbeit nicht mehr bewältigen können. Die Wartezeit und damit verbunden das Potenzial an Konflikten mit Klientinnen und Klienten dürften ansteigen. Mittelfristig besteht das Risiko, dass die verfügbaren Einsatzplätze in Beschäftigungsprogrammen abnehmen, da weniger Teilnehmende eine Stelle finden und den Programmen die Arbeit ausgehen könnte. Zudem ist das Prinzip «Last in – First out» gefährdet, da auch Personen mit reell guten Chancen auf dem Arbeitsmarkt langfristig in der Sozialhilfe verbleiben. Auch die laufenden Projekte sind unter den gegebenen Umständen in ihrer Wirkung gefährdet, und es droht, dass die Ressourcen fehlen, um sie abzuschliessen. Ein weiteres Risiko liegt beim Personal: Mit Absenzen wegen Krankheit oder Kündigungen infolge zu-

Die Neuanmeldungen haben von Januar bis März deutlich zugenommen: Dies dürfte erst der Anfang sein. Bild: Keystone

sätzlichen Arbeitsdrucks muss gerechnet werden. Nicht gerade optimistisch stimmt auch der erwartete Spardruck auf die öffentliche Hand, der den Zugang zu neuen personellen Ressourcen verhindert oder sogar zu einem Abbau zwingt.

Zusammenfassend wurde festgestellt, dass die entlastenden Massnahmen auf die ZAS fokussiert sein müssen. Dort besteht das Risiko, die Situation nicht mehr zu meistern. Dies würde dazu führen, dass die Abteilungen der Sozialberatung und somit die Langzeitunterstützung stärker belastet würden – eine Entwicklung, die möglichst zu verhindern ist.

KONKRETE MASSNAHMEN

Um die erwarteten Entwicklungen aufzufangen, haben die Sozialen Dienste der Stadt Winterthur folgende Massnahmen festgelegt und sofort umgesetzt: Das Reporting erfolgt neu monatlich statt quartalsweise, für die ZAS wird eine kritische Grösse der Fallbelastung definiert, drei Mitarbeitende werden speziell für kurzfristige Einsätze in der ZAS aufgebaut, die Fallentwicklung wird an der Geschäftsleitungssitzung laufend thematisiert. Nebst diesen Massnahmen setzen die Vorgesetzten auf Information: An den Teamsitzungen werden die Mitarbeitenden regelmässig über die Entwicklung informiert, und bei Bedarf werden Beiträge im internen Monatsbulletin veröffentlicht. Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit wird darüber berichtet, wie die Verantwortlichen der Sozialen Dienste die Situation vorausschauend analysieren und geeignete Schritte einleiten. In diesem Sinne ist vor der Krise immer auch nach der Krise. Man lernt, was beim nächsten Mal besser gemacht werden kann. ■

Ernst Schedler
Leiter Soziale Dienste, Winterthur

ZESO-SCHWERPUNKT

Weitere Beiträge zur Wirtschaftkrise:

S. 6: Irja Spadin kämpft sich durch: Ein Porträt
S. 8: Wie der Arbeitsmarkt stabilisiert werden muss
S. 10: Anita Fetz und Roland A. Müller zur umstrittenen Revision der ALV
S. 14: «Finger weg vom Sozialstaat»: Ein Kommentar